

# Wer hat, dem wird gegeben

Eine Million kann man in der Schweiz auf null kleinrechnen – dank den 99 offiziell möglichen Steuerabzügen. Gerecht ist das nicht: Vor allem die Reichen profitieren. **Text: Dominique Strebler, Martin Vetterli**

**5** 0000 Franken mehr Lohn kassieren und trotzdem nicht mehr Steuern zahlen – das geht ganz legal. Man muss nur Chef sein und einer Kaderversicherung angehören. Beiträge an diese Altersvorsorge der Luxusklasse tauchen gar nicht erst in der Steuererklärung auf. Das Geld verschwindet in einem Steuerschlupfloch.

99 Stück davon hat die Eidgenössische Steuerverwaltung geortet. In einer Studie hat sie die Steuerabzüge letztes Jahr erstmals systematisch erhoben und darüber gestaunt, dass dem Bund so 21 Milliarden Franken Einnahmen entgehen. Jetzt haben die Steuerbeamten des Bundes die Liste aktualisiert und stellen sie erstmals ins Internet. Die Zahl der Abzüge ist geblieben, die Gesamtsumme um 200 Millionen Franken gestiegen (siehe Tabelle, Seite 18).

## Experten verlangen: Weg mit den Abzügen!

Dank Abzügen konnte auch der frühere Notenbankchef Philipp Hildebrand sein Einkommen von rund einer Million auf 96 000 Franken steuerbares Einkommen kleinrechnen. Und Filippo Leutenegger schaffte es 2001 als Chefredaktor des Schweizer Fernsehens, sein steuerbares Einkommen auf null Franken zu senken. Ihre Masche: Abzüge für werterhaltende Renovationen. Sie sind – wenn belegt – voll abzugsfähig. Als werterhaltend gilt, wenn man eine Liegenschaft auf den heutigen – in der Regel gestiegenen – Standard bringt. Wer einen Gasherdd durch einen 3000 Franken teuren Induktionsherd ersetzt, kann diesen daher von den Steuern absetzen und steigert nebenbei den Wert seiner Liegenschaft. Und wer die Renovation auf mehrere Jahre verteilt, spart noch mehr. Entscheidend dafür ist nicht, wann die

Arbeiten ausgeführt werden, sondern allein das Rechnungsdatum (siehe Seite 23).

Viele dieser 99 Steuerabzüge können nur Reiche geltend machen, weil sie viel Kapital voraussetzen. Und Reiche profitieren auch überproportional von der Wirkung der Schlupflöcher, weil derselbe Abzug bei einem hohen Einkommen mehr Steuern spart als bei einem tiefen. Die Folgen sind bedenklich: «Die steuerlichen Vergünstigungen gefährden den verfassungsmässigen Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit die Steuergerechtigkeit» – so kommentieren nicht irgendwelche linke Politiker, sondern die Steuerbeamten des Bundes. Im Klartext: Reiche zahlen zu wenig Steuern.

Deshalb fordert das renommierte Wirtschaftsblatt «The Economist» die Streichung aller Steuerabzüge. Um die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm zu verkleinern, sei das viel effektiver, als Reiche mit höheren Steuersätzen zu vergraulen. Auch die St. Galler Wirtschaftswissenschaftlerin Monika Bütler verlangt die Abschaffung der Abzüge, will zudem die Steuersätze für Topverdiener moderat anheben und eine gemässigte Erbschaftssteuer einführen (siehe Interview, Seite 24).

Doch nicht nur Reiche können von den fast 100 Einladungen zur Steuervermeidung profitieren, sondern auch Normalbürger – vorausgesetzt, sie sind schlau ge-

nug. So zahlt zum Beispiel das Konkubinatspaar Andreas Haupt und Lisa Kunz (Namen geändert) 2000 Franken weniger Steuern als ein verheiratetes Paar mit dem genau gleichen Einkommen. Der Trick, mit dem sie das erreichen: Haupt zieht Unterhaltsbeiträge an seine Partnerin ab, obwohl sie mit den beiden gemeinsamen Kindern im selben Haushalt leben. Kunz wiederum muss diese versteuern – aber zum günstigen Elterntarif.

## Sich scheiden lassen, um Steuern zu sparen

Das Konkubinatspaar lohnt sich aber erst richtig dank den Prämienverbilligungen für die Krankenkasse. Dort gilt Kunz nämlich als alleinerziehend und erhält für sich und die Kinder pro Jahr rund 3000 Franken. Ein verheiratetes Paar mit gleichem Einkommen geht dagegen leer aus (siehe Seite 22). Allein der Zivilstand macht pro Jahr 5000 Franken Unterschied im Portemonnaie.

Laut Angaben von Scheidungsanwälten lassen sich vermögende Ehepaare sogar scheiden, um noch mehr Steuern zu sparen. Hat sich der Ehemann etwa mit 500 000 Franken bereits bis zum Maximalbetrag in seine Pensionskasse eingekauft, kann er die Summe durch eine Scheidung auf sich und seine Exfrau aufteilen. Jetzt kauft er sich wieder mit 250 000 Franken in die Pensionskasse ein und zieht den Betrag vom Einkommen ab. Steuerersparnis im Kanton Zürich: fast 90 000 Franken.

Darin zeigt sich das zweite bedenkliche Resultat des heutigen Steuersystems: Solche Steuerspielchen, die nur die Schlawen ausnutzen, untergraben die Steuermoral. Verheiratete Angestellte ohne Haus und Kinder haben das Nachsehen. Oder wie es der frühere SP-Nationalrat und Preisüberwacher Rudolf Strahm sagt: «Nur noch ein

## Beobachter direkt

**Zahlen Sie zu viel Steuern? Wie lässt sich das Schweizer Steuersystem gerechter gestalten?** Diskutieren Sie online mit auf [www.beobachter.ch/direkt](http://www.beobachter.ch/direkt)

**Kräftig sparen mit dem Geschäftsauto**

(Beispiel: unverheiratet, 300 000 Franken Einkommen, Wohnort Aarau)

Kaufpreis	120 000.-
Abschreiber 1. Jahr (40%)	-48 000.-
Benzin und Versicherung	-12 000.-
Unterhalt und Diverses	-4 000.-
Eigennutzwert private Nutzung	+11 520.-

Abzug im 1. Jahr	52 480.-
<b>Steuerersparnis</b>	<b>18 387.-</b>

Abzug im 2. Jahr	33 280.-
<b>Steuerersparnis</b>	<b>11 664.-</b>

Noch mehr spart man später mit einem illegalen Trick: Der Autohändler verrechnet für die zwei Jahre alte Occasion nicht den eigentlichen Verkaufswert (70 000 Franken), sondern nur den Restbuchwert (43 200 Franken). Die Differenz wäre sonst steuerpflichtig. Diese 26 800 Franken zieht der Autohändler dann - unter der Hand - als Rabatt vom Preis eines Neuwagens ab.

paar Bundesbeamte zahlen den Maximalsteuersatz. Alle anderen nutzen die Schlupflöcher so gut wie möglich für sich aus.»

Diese Gefahr sieht auch die Eidgenössische Steuerverwaltung: «Die Menge von Klauseln, Bestimmungen, Anweisungen und Formularen wächst, und dem Laien fehlt folglich die erforderliche Steuerkenntnis, um alle Regelungen korrekt anzuwenden», schreibt sie in ihrer Studie und gibt erstaunlich offen zu: «Dies kann sich besonders ungünstig auf die Steuermoral auswirken.» Allein schon die interne Anweisung der Eidgenössischen Steuerverwaltung zur Familienbesteuerung umfasst 56 Seiten.

Aber es wuchert nicht nur ein dichtes Gestrüpp von Abzugsmöglichkeiten, die

## Der Staat hat die Kontrolle über die Finanzen verloren – sagt die Eidgenössische Steuerverwaltung.

niemand mehr richtig durchschaut – den Steuerbehörden fehlen zunehmend Zeit und Mittel, um Steuererklärungen gründlich zu prüfen. In den Worten der Studie der eidgenössischen Steuerprüfer: «Die Steuerbehörde ist oft nicht in der Lage, die Berechtigung eines Abzugs in jedem Fall abzuklären, weil ihr die Ressourcen und die bereichsspezifische Erfahrung fehlen.»

### Vertrauen ist gut, Kontrolle nicht möglich

So viel Klartext reden die kantonalen Steuerverwaltungen nur selten. Sie befürchten, das wirke wie eine Einladung zum Trick-sen. Die Arbeitsbelastung sei zwar hoch, bestätigt etwa Adrian Hug, Chef des kantonalen Steueramts Zürich. «Die gute Qualität kann nur erreicht werden, weil ein guter Prozentsatz der Steuerpflichtigen die Steuererklärung vollumfänglich korrekt ausfüllt.» Das heisst: Man vertraut auf Plausibilitätsprüfungen und auf genau jene gute Steuermoral von Herrn und Frau Schweizer, die vom System untergraben wird.

Ehemalige Zürcher Steuerkommissäre erzählen, für die Kontrolle sei im Schnitt gerade mal eine halbe Stunde pro Dossier geblieben, komplizierte Fälle mit eingerechnet. Ihre Kollegen in Basel haben 42, in Bern rund 53 Minuten Zeit pro Fall.

Von diesen Vollzugsschwierigkeiten profitieren Selbständigerwerbende speziell. Sie können geschäftliche Investitionen von

## In diesen Löchern verschwinden 21 Milliarden

Eine Auswahl aus den staatlich sanktionierten 99 Steuerschlupflöchern in der Schweiz – und was sie den Bund kosten:

**direkte Bundessteuer:**  
**Total der Vergünstigungen**..... **8,7 Mrd.**

davon: BVG-Abzüge..... 3,5 Mrd.

steuerfreier Einkauf  
in 2. Säule (Arbeitgeber)..... 165 Mio.

Säule 3a..... 830 Mio.

Beiträge  
Krankenversicherung..... 600 Mio.

Fahrkosten..... 600 Mio.

auswärtige  
Verpflegung..... 400 Mio.

steuerfreie  
Kapitalgewinne..... 670 Mio.

Kinderabzug..... 710 Mio.

Pauschalabzug  
für Unterhaltskosten  
von Liegenschaften..... 380 Mio.

Unterbewertung  
des Eigenmietwerts..... 235 Mio.

**Mehrwertsteuer:**  
**Total der Vergünstigungen**..... **8,1 Mrd.**

davon: Verkauf und  
Vermietung von Immobilien  
und Wohnraum..... 2 Mrd.

Dienstleistungen  
im Gesundheits-  
und Sozialwesen..... 1,93 Mrd.

Umsätze im Geld-  
und Kapitalverkehr..... 380 Mio.

**Stempelabgaben:**  
**Total der Vergünstigungen**..... **4,4 Mrd.**

davon: Kranken-, Invaliden-  
und Unfallversicherung..... 1,5 Mrd.

Lebensversicherungen..... 1,3 Mrd.

Vollständige Liste: [www.estv.admin.ch](http://www.estv.admin.ch)  
(Themen → Steuervergünstigungen)

den Steuern absetzen. Doch was fürs Geschäft und was privat gebraucht wird, ist eine Ermessensfrage, die sich nur schwer nachprüfen lässt. Kommt hinzu, dass es für die besonders Cleveren auch hier möglich ist, auf Teufel komm raus Steuern zu optimieren. So kann sich ein Selbständiger einen guten Teil der Kosten für einen teuren Mercedes in drei Jahren mit der Steuerersparnis finanzieren (siehe Beispiel, Seite 23).

### Die Sache mit dem Bierdeckel ist gestorben

Die Bilanz des durchlöchernten Steuersystems fällt vernichtend aus: Die Steuergerechtigkeit bleibt auf der Strecke, die Schlaun werden belohnt, und der Staat hat die Kontrolle über die Finanzen verloren, weil er nur noch knapp abschätzen kann, wie viel Steuern ihm pro Abzug entgegen – auch das sagt die Studie der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

Einer der wenigen Vorschläge, um das System der Steuerschlupflöcher zu kippen, stammt vom Zürcher FDP-Kantonsrat Hans-Peter Portmann. Seine «Easy Swiss Tax» ist so simpel, dass die Steuererklärung auf einem Bierdeckel Platz hätte: Besteuert würden danach alle Einnahmen, auch die Vermögenserträge. Davon können nur Pauschalabzüge für Kinder, Beruf und Rentner gemacht werden. Die Steuern werden aufgrund von zwei bis drei Progressionsstufen berechnet. Doch Portmanns Reformplan – anfangs belächelt, später heiss diskutiert – ist sang- und klanglos untergegangen. Nach dem Nein von National- und Ständerat versetzte ihm die FDP Schweiz 2010 den vorläufigen Todesstoss und schubladisierte die «Easy Tax».

Portmann ist ernüchtert, will aber nicht klein beigeben: «Im Moment ist nichts geplant. Ich habe aber die Hoffnung nicht aufgegeben, dass die Zeit wieder einmal reif sein wird.» Das heutige System widerspreche längst dem Grundsatz, dass mit den Steuerabzügen schwierige soziale und berufliche Umstände abgedeckt werden sollen. «De facto haben wir bei den Spitzenverdienern wegen der vielen Abzüge ein degressives Steuersystem», sagt Portmann. Wer sehr viel verdiene, profitiere am stärksten.

Unterstützung für seine «Easy Tax» findet der Zürcher FDP-Politiker bis tief in die Reihen der Sozialdemokraten. Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm hält sie für «die einzig wirklich gute Idee, die der Freisinn seit der Jahrtausendwende produziert» habe. Sie sei «die beste Lösung» – sofern die Kinderabzüge grosszügig bemessen

**Kräftig sparen mit der Villa**

(Beispiel: verheiratet, 1 Million Franken  
Einkommen, Wohnort Küsnacht ZH)

Kaufpreis	3 000 000.-
Renovationsbedarf	1 000 000.-

Renovation auf 2 Jahre aufgeteilt (je 500 000.-):	
Steuerersparnis (pro Jahr)	178 479.-
<b>Steuerersparnis total</b>	<b>356 958.-</b>

Zudem können Hypothekarzinsen und  
eine (grosszügig bemessene) Unterhalts-  
pauschale abgezogen werden.

sind und mindestens drei progressiv ansteigende Steuersätze beibehalten werden.

Viele Linke hätten die Sprengkraft eines einfachen Steuersystems glatt verkannt, beklagt der Sozialdemokrat. Sie glaubten noch immer, möglichst viele Ausnahmen seien die beste Garantie für mehr soziale Gerechtigkeit. Dabei sei das Gegenteil richtig: «Je mehr Ausnahmen, desto unfairer; je weniger Abzugsmöglichkeiten, desto gerechter», sagt Strahm. Und so könnten auch die Steuersätze für alle sinken – bei gleichbleibenden Steuereinnahmen.

### **Niemand will sich die Finger verbrennen**

Bei linken wie rechten Steuerpolitikern besteht also überraschend grosse Einigkeit nicht nur über die Diagnose, sondern auch über die Therapie. Doch als die Eidgenössische Steuerverwaltung vor einem Jahr in ihrer Studie die Malaise erstmals im Detail ausleuchtete, zeigten sich zwar ein paar wenige Politiker empört, aber passiert ist nichts. Sämtliche parlamentarischen Vorstösse liefen ins Leere. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf erklärte gebetsmühlenartig, dass sie Steuerschlupflöcher

nicht flächendeckend, sondern für jede Steuer einzeln bei allfälligen Revisionsprojekten überprüfen wolle.

Wohin das führt, zeigt die Revision des Mehrwertsteuergesetzes. Der Bundesrat schlug einen Einheitssatz von 6,1 Prozent vor, doch das Parlament wies die Vorlage Ende Dezember 2011 zurück und fordert

**«Bei den Steuern gilt: Je weniger Abzugsmöglichkeiten, desto gerechter.»**

**Rudolf Strahm**, Ex-Preisüberwacher

mindestens zwei Steuersätze. Und Mitte Januar schlug die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats vor, der Hotellerie weitere Steuerprivilegien zu gewähren. So hat jede einzelne Steuervergünstigung ihre Gründe und ihre Profiteure. Die verheerenden Effekte zeigen sich erst im Zusammenspiel. Und da will sich das Parlament die Finger nicht verbrennen.

Der Freiburger Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger mag inzwischen gar nicht mehr daran glauben, dass sich das Steuersystem im heutigen politischen Umfeld reformieren und vereinfachen lässt. Es sei kein Zufall, dass alle Reformprojekte Schiffbruch erlitten hätten. Die Ursache dafür liege in der Art, wie in der Schweiz nationale Politik gemacht werde. «Politiker werden als Vertreter bestimmter Interessengruppen und Regionen gewählt, im Parlament verfolgen sie deshalb vor allem Partikularinteressen. Anreize, sich für eine gute gesamtschweizerische Politik einzusetzen, fehlen weitgehend.»

Um die nationale Politik zu verbessern, stehen für Eichenberger drei Änderungen im Vordergrund: Erstens soll ein Teil der Nationalräte nach dem Majorzsystem in einem nationalen Wahlkreis gewählt werden. Das würde Kandidaten bevorteilen, die kluge Lösungen für die gesamte Schweiz entwickeln. Zweitens soll das Volk zumindest die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrats selbst und das Parlament dann die Köpfe bestimmen können. Drittens soll auch auf Bundesebene

eine nach dem Majorzsystem vom Volk gewählte Rechnungsprüfungskommission geschaffen werden. Diese Kommission könnte zu allen Gesetzes- und Verfassungsänderungsvorlagen Kommentare verfassen und hätte das Recht, Änderungsvorschläge zu machen, über die dann abgestimmt werden muss. So könnte sie die Rolle des gesunden Menschenverstands in der Finanzpolitik übernehmen, der das Wohl der Nation im Auge hat.

<b>Kräfte sparen mit Vorsorge und Scheidung</b>	
(Beispiel: geschieden, 500 000 Franken Einkommen, Wohnort Riehen BS)	
Einkommen	500 000.-
Lohnerhöhung von 50 000.- fließt voll in Kadervorsorgeversicherung;	
Steuerersparnis (pro Jahr)	18 550.-
Nach der Scheidung zusätzliche Einkäufe in die Pensionskasse von insgesamt 950 000.-	
jährliche Einkaufssumme	190 000.-
Steuerersparnis nach 5 Jahren	352 610.-
<b>Steuerersparnis total</b>	<b>445 360.-</b>

### **Und schon droht das nächste Schlupfloch**

Wirtschaftsprofessorin Monika Bütler hofft ebenfalls auf die Überzeugungskraft der Fachleute. Sie fordert einen Rat der Weisen, der wie in England das ganze Steuersystem unter die Lupe nimmt und gestützt darauf konkrete Reformvorschläge ausarbeitet. Ob aber der Leidensdruck für eine grundsätzliche Verbesserung des löchrigen Steuersystems in der Schweiz bereits genug gross ist, wird sich am 11. März 2012 zeigen: Dann stimmt das Volk über die erste von zwei Bausparinitiativen ab, die einen weiteren Steuerabzug einführen wollen. Steuerschlupfloch Nummer 100. ■

# Steuern optimieren: Vier

## 1. Der Trick mit dem Konkubinat: Heiraten kostet nur

Bei Ehepaaren werden die Einkommen zusammengezählt – sie kommen so in eine höhere Progressionsstufe und werden stärker besteuert als Konkubinatspaare. Diese Ungleichbehandlung wird zwar durch Ehegatten- und Zweiverdienerabzug sowie Elterntarif korrigiert – aber nur unvollständig.

Mit Kindern gibt es weitere Steuersparmöglichkeiten: Derjenige Konkubinatspartner, der mehr verdient, kann – ganz legal – seiner Partnerin **Unterhaltszahlungen** überweisen, die er von den Steuern abziehen kann, auch wenn das Paar mit den gemeinsamen Kindern im selben Haushalt lebt. Sie muss dann die Alimente zwar ihrerseits in der Steuererklärung deklarieren, kann aber **Kinderabzüge, Fremdbetreuungsabzug** sowie den **Versicherungs- und Sparzinsenabzug** für die Kinder geltend machen. Und: Sie wird wie Verheiratete mit Kindern nach dem tiefen **Elterntarif** besteuert.\* Zahlt der Mann so seiner Partnerin 20 000 Franken an Unterhaltsbeiträgen im Jahr, spart das Paar bei Nettoeinkommen von 90 000 und 45 000 Franken gegenüber einem Ehepaar rund 2000 Franken an Steuern. Dabei ist der Alimententrick entscheidend. Ohne ihn würde das Paar 500 Franken mehr Steuern zahlen als ein Ehepaar.

So richtig lukrativ wird das Konkubinat aber erst dank den **Prämienverbilligungen** für die Krankenkasse: Die Mutter im Konkubinat gilt dort nämlich als **alleinerziehend** und profitiert von höheren Zuschüssen. Im Jahr 2012 erhält das Konkubinatspaar mit den oben geschilderten Einkommen und zwei minderjährigen Kindern im Kanton Zürich 2868 Franken an Prämienverbilligungen. Ein vergleichbares Ehepaar hingegen rein gar nichts.

Je grösser der Einkommensunterschied ist, umso mehr lohnt sich der Alimententrick.

**Dominique Strebel**

\*Im Kreisschreiben 30 der Eidgenössischen Steuerverwaltung finden sich Informationen zu allen möglichen Konstellationen.

## 2. Der Trick mit der Altersvorsorge: So viel wie möglich einzahlen

Vorsorgen lohnt sich. Angestellte können Zahlungen in der **Säule 3a** bis zu 6682 Franken vom Einkommen absetzen, Selbstständige bis zu 33 408 (maximal 20 Prozent des AHV-pflichtigen Einkommens).

Am besten richtet man mehrere Konten ein. So kann man das Geld gestaffelt über mehrere Jahre beziehen und bricht damit die Steuerprogression. Paare können noch mehr sparen: Er bezieht (nach dem 60. Geburtstag) 3a-Geld, sie kauft sich damit in die zweite Säule ein, spart so Steuern und lässt sich das Geld mit 64 wieder auszahlen. Dabei kommt ein reduzierter Steuertarif zur Anwendung.

Auch **Einkäufe in die zweite Säule** kann man vom Einkommen abziehen; aber nur, wenn eine Deckungslücke besteht zwischen dem effektiv angesparten und dem theoretisch möglichen Rentenskapital.

Verheiratete können noch mehr profitieren, falls ein Ehegatte massiv mehr verdient als der andere: mit einer **Scheidung**, bei der sie das Vorsorgekapital zwischen sich aufteilen. Der Mehrverdiener kann nun sein Pensionskassenvermögen wieder aufstocken. Das lohnt sich, wie das Beispiel eines Mannes mit Wohnsitz Riehen BS zeigt, der eine halbe Million verdient: Stockt er seine zweite Säule um 190 000 Franken auf, spart er 74 240 Franken Steuern. Im zweiten Jahr gleich nochmals so viel.

Topverdiener, deren Firma eine **Kaderversicherung** hat, sparen noch mehr. Ihr Trick: Lohnerhöhungen werden nicht ausgezahlt, sondern fliessen – steuerfrei – in die Kaderversicherung. Zahlt man eine halbe Million ein, spart man bei einem Einkommen von einer Million Franken in Küsnacht ZH 178 479 Franken. Weiterer Vorteil: In der Kaderversicherung kann man bei Löhnen ab rund 125 000 Franken eine individuelle Anlagestrategie verfolgen; sie muss sich lediglich an die gesetzlichen Anlagerichtlinien für die zweite Säule halten.

**Martin Vetterli**

# (fast) ganz legale Tricks

## 3. Der Trick mit dem Zügel: Man muss nicht wirklich umziehen

Mit **Zügel** kann man Steuern sparen. Am besten zieht man von der Steuerhölle Auvernier NE nach Wollerau SZ, wo die Steuern rekordtief sind. Bei einem Lohn von 300 000 Franken spart man so 53 143 Franken. Das sind gut 4400 Franken pro Monat.

Noch besser: Man schafft sich **Wohneigentum** an. Dann lassen sich auch die Hypozinsen und eine grosszügig bemessene Unterhaltspauschale abziehen. Schlaumeier kaufen eine Liegenschaft, die man umbauen muss. Investiert man eine Million Franken in die **Renovation** einer Drei-Millionen-Villa und verteilt die Kosten auf drei Jahre, lassen sich in Wollerau SZ so dreimal 68 315 Franken Steuern sparen (bei einem Bruttoeinkommen von einer Million). In Küsnacht ZH spart man sogar dreimal 118 488 Franken Steuern. Nur nebenbei: Entscheidend für den Abzug ist nicht, wann die Arbeiten durchgeführt werden, sondern der Zeitpunkt der Rechnungsstellung.

Kauft man eine Millionenvilla, muss man nicht mal seinen Lebensmittelpunkt nach Wollerau verlegen; der Trick funktioniert auch so. Bei einer so teuren Liegenschaft habe man keinen Anlass, das als **Scheidomizil** zu qualifizieren, heisst es bei der Schwyzer Steuerbehörde.

Eine Alternative: Man **verschenkt** die Liegenschaft an den Konkubinatspartner oder einen anderen Nichtverwandten, sichert sich aber ein lebenslangliches Nutzungs- oder Wohnrecht. Der Wert der Liegenschaft sinkt auf diese Weise stark, es fallen kaum noch Schenkungssteuern an. Oder man **vermietet** das Haus zu einem Spottpreis an seine Kinder: am besten zu 51 Prozent des Eigenmietwerts. So ist die Steuerersparnis am grössten.

Wer keine Kinder hat, dem bleiben seine Freunde: Auch die lohnen sich. Sich das Haus **gegenseitig zum halben Eigenmietwert zu vermieten** ist zwar nicht ganz legal. Der Trick funktioniert aber gemäss Steuerexperten, wenn die Liegenschaften in verschiedenen Kantonen liegen.

Martin Vetterli

## 4. Der Trick mit der Selbständigkeit: Leben auf Kosten der Firma

Wer selbständig ist, muss keinen Lohnausweis einreichen, sondern nur seine Buchhaltung. Das eröffnet Spielraum, weil es **keine scharfen Grenzen zwischen geschäftlichen und persönlichen Ausgaben** gibt. Alles und jedes, was «geschäftsmässig begründet» ist, lässt sich abziehen: die Geschäftsreise mit beschränktem geschäftlichem Nutzen genauso wie Mitgliederbeiträge für den Golfklub, PC und Handy oder das Auswärtsessen.

Selbst jenen, die nicht fleissig Rechnungen sammeln, eröffnet sich ein weites Feld an Abzugsmöglichkeiten. Bestes Beispiel: das Geschäftsauto, bei dem man jährlich 40 Prozent des Werts von den Steuern absetzen kann. Bei einem 120 000 Franken teuren Wagen sind das im ersten Jahr 48 000 Franken, im zweiten Jahr 28 800 Franken.

Auch im Geschäft lässt sich der **Ertrag kleinrechnen**. Abzugsfähig sind auch Rückstellungen für allfällige Risiken und – unter bestimmten Bedingungen – Verluste aus den letzten drei bis sieben Jahren.

Verheiratete KMUler haben noch mehr Möglichkeiten. Ihr Kniff: **Der Ehepartner arbeitet mit**. Es locken nicht nur Abzüge für Zweitverdiener und alle Formen von Berufsauslagen und das Vorsorgesparen. Bei einem «Reisli» sind auch die Reisekosten beider Partner abzugsfähig.

Martin Vetterli

**Warnung:** Wenn man es mit den Steuerabzügen zu bunt treibt und der Steuerkommissär falsche Angaben und fiktive Kosten entdeckt, wirds teuer. Dann zahlt man – und zwar happig – Busse und Nachsteuern.

## INTERVIEW

# «Gewinner sind meistens die Schlaumeier. Das nervt»

Weg mit dem Wirrwarr von Abzügen bei den Steuern, fordert die St. Galler Ökonomin Monika Bütler. Normalverdiener sollen weniger bezahlen, die Reichsten hingegen mehr.

**Interview: Dominique Strelbel und Martin Vetterli**  
**Fotos: Pascal Mora**

**Beobachter:** Beschleicht Sie beim Ausfüllen der Steuererklärung manchmal das mulmige Gefühl, nicht alle Abzugsmöglichkeiten ausgeschöpft zu haben?

**Monika Bütler:** (*lacht*) Nicht wirklich, eher, dass ich vergessen habe, eine Nebeneinkunft zu deklarieren. Mein Mann und ich gehen nicht sehr strategisch vor und lassen wohl viele Abzüge aus. Mit einer optimalen Steuerplanung könnten wir einiges sparen. Aber mir persönlich ist es einfach nicht wichtig genug, dass ich alle Steuersparmöglichkeiten ausnutzen kann. Wir haben es ja auch nicht nötig. Und als wir es noch nötig hatten, gab es diese Steuersparmöglichkeiten nicht.

**Aber unterminiert es nicht die Steuermoral, wenn man mit ein paar Tricks locker ein paar Tausender spart?**

Die Steuermoral leidet stärker, wenn eine Regierung unsinnig mit dem Geld umspringt oder wenn die Korruption hoch ist. Das verleitet zum Betrügen. Unser System mit den vielen Abzugsmöglichkeiten fördert eher die Mentalität, alles auszuschöpfen, was man an Vergünstigungen herausholen kann.

**Am Schluss ist es also nicht die Steuermoral, die auf der Strecke bleibt, sondern die Steuergerechtigkeit.**

Das ist so. Denn: Reiche profitieren von Steuerabzügen stärker als Ärmere. Gleichzeitig ist unser System so undurchsichtig geworden, dass selbst Politiker nicht mehr wissen, welche Auswirkungen die vielen Schlupflöcher haben. Wir haben ein System für Schlaue, die alle Abzugsmöglichkeiten gezielt ausnutzen.

### Warum unternimmt die Politik so wenig dagegen?

Weil das Steuersystem so komplex ist. Das wurde mir auch erst klar, als ich die Krippensubventionen untersuchte und aufzeigen konnte, dass es sich für berufstätige Eltern nicht auszahlt, Kinder mehr als drei Tage pro Woche fremdbetreuen zu lassen. Anfänglich war mir nur klar, dass etwas nicht stimmen kann. Welch krasse Effekte dieses System von Abzügen und Subventionen produziert, hat auch mich als Spezialistin überrascht.

### Warum?

Jede Abzugsmöglichkeit macht für sich betrachtet vielleicht Sinn, alle zusammen wirken aber meist in die falsche Richtung. Es lohnt sich oft gar nicht, mehr zu arbeiten und mehr zu verdienen.

### Länder wie die USA oder Deutschland untersuchen ihre Subventions- und Steuerpolitik seit den sechziger Jahren systematisch. In der Schweiz erschien der erste Subventionsbericht 1997, die erste Zusammenstellung von Steuervergünstigungen gar erst 2011. Warum so spät?

Das hat historische Gründe. Die Schweiz verfügte bis in die siebziger Jahre hinein über ein sehr schlankes Steuersystem mit wenigen Abzugsmöglichkeiten, aber auch tiefen Steuersätzen. Mit dem Anstieg der Staatseinnahmen und -ausgaben hat sich das verändert. Das ist wohl der Grund, warum die Schweiz das Problem so spät angepackt hat.

### In den letzten zehn Jahren gab es mit der «Flat Tax» und der «Easy Swiss Tax» zwei Versuche, das Steuersystem radikal zu vereinfachen. Warum scheiterten beide?

Für mein Gefühl legte man den Fokus zu stark auf die Steuersätze und zu wenig auf die Vorteile einer Vereinfachung bei den Abzügen. Man konnte offensichtlich nicht vermitteln, wie brisant das Thema ist.

### Welche Korrekturen sind nötig?

Erstens muss man das Steuer- und Transfersystem besser integrieren. Es macht keinen Sinn, dass man 1000 Franken Steuern zahlt, dann 1500 Franken Prämienverbilligung für die Krankenkasse bekommt. Das schafft Fehlanreize: Wer mehr arbeiten will, wird bestraft, weil man weniger Verbilligung erhält. Zweitens muss man die meisten Abzugsmöglichkeiten abschaffen. Klar freut es mich, wenn ich als Pendlerin mein GA von der Steuer absetzen kann. Aber es hat mich ja niemand gezwungen, in St. Gallen zu arbeiten und in Zürich zu wohnen.

Abzüge für Pendler, fürs Auswärtssessen, den Zweitwohnsitz – das alles muss weg. Eine einzige Berufspauschale genügt.

### Abzüge für Vorsorgegelder wollen Sie auch einschränken?

Man muss sich ernsthaft fragen, ob man die Abzüge in der zweiten Säule nicht beschränkt. Heute kann man bis zu einer Million Franken Jahreseinkommen für BVG-Einkäufe und Kaderversicherungsbeiträge abziehen. Das ist widersinnig. Die berufliche Vorsorge soll einen guten Lebensstandard nach der Pensionierung sichern. Alles, was darüber hinausgeht, sollte nicht abzugsfähig sein.

«Selbst Politiker wissen nicht mehr, welche Auswirkungen die vielen Schlupflöcher haben.»

### Topverdiener profitieren auch hier.

Und das gleich doppelt. In der Ansparphase kommen sie in den Genuss der vollen Abzugsfähigkeit. Und beim Bezug finden sie Möglichkeiten, nochmals Steuern zu sparen, etwa mit dem Kauf von Wohneigentum und dem gestaffelten Bezug der Vorsorgegelder.

### Auch wer fürs Eigenheim spart, soll gemäss Basparinitiative Steuererleichterungen erhalten. Ist das sinnvoll?

Nein, davon würden vor allem die heutigen Hauseigentümer und Verkäufer profitieren. Australien zum Beispiel subventionierte den Kauf von Häusern bis 500 000 Dollar. Die Folge: Alle billigeren Häuser verteuerten sich mindestens um diese Subvention; mit der Zeit verschwand das Angebot in diesem Preissegment sogar. Das zeigt, wie eine gutgemeinte Steuererleichterung genau das Gegenteil bewirken kann.

### Verkennt die Linke die Sprengkraft einfacher Steuersysteme?

Davon bin ich überzeugt. Aber eine solche Politik lässt sich schlecht verkaufen. Man muss den Leuten erklären, dass sie zwar weniger Spezialleistungen erhalten, dafür weniger Steuern zahlen müssen. Ergänzungsleistungen für Familien, die Subventionierung von Wohnraum – das lässt sich besser verkaufen. Doch all die gutgemeinten Programme haben immer wieder den gleichen Nebeneffekt: Gewinner sind meist die Schlaumeier, die jede neue Sparmöglichkeit kreativ ausnutzen. Das nervt.

### Mehr soziale Gerechtigkeit, Fehlanreize tilgen, Steuerschlupflöcher schliessen – das wäre doch ein wunderbares Programm, mit dem sich Stimmen gewinnen liessen.

Bisher hat es jedenfalls noch kaum jemand versucht. Dasselbe Problem stellt sich ja auch bei der Rentenreform: Ein Jahr länger arbeiten, dafür weniger Steuern zahlen – das ist keine sexy Politik, die sich in einem Satz erklären lässt. Vor allem auch, weil die Stimmbürger nicht gleichzeitig die Finanzierung von zu grosszügigen Leistungen beschliessen müssen.

### Haben Sie den Glauben an eine Steuerreform verloren?

Ich bin skeptisch geworden, ob die Parteien tatsächlich ein sauberes Steuersystem einführen wollen. Vielleicht sollten wir dem englischen Beispiel folgen: Dort setzte die Regierung eine unabhängige Kommission aus hochdekorierten Wissenschaftlern ein – darunter zwei Nobelpreisträger –, die das Steuersystem zwei Jahre lang intensiv durchleuchteten. Herausgekommen ist ein sehr lesbarer 1000-seitiger Bericht mit konkreten Handlungsanweisungen. Den zu lesen würde sich auch für Schweizer Politiker lohnen.

### Diese Wissenschaftler fordern höhere Steuern für Reiche und eine Besteuerung der Kapitalgewinne. Das richtige Rezept?

Für die obersten Einkommen und Vermögen etwas mehr Steuern erheben macht Sinn, wenn gleichzeitig die Steuersätze für alle sinken und der Staat nicht mehr Einnahmen generiert. In den Deutschschweizer Kantonen gibt es bei den Einkommen ab rund 400 000 Franken noch Luft nach oben. Genauso bei der Bundessteuer: Eine Familie mit 140 000 Franken steuerbarem Einkommen zahlt auf dem letzten Franken bereits 13 Prozent Steuern, ein Alleinstehender, der eine Million verdient, nur 11,5 Prozent. Das ist absurd. ■